

nationalsozialistische Revolution hat die Parteien vernichtet, aber sie hat auch das Wirken aller der Kreise unterbunden, die sich sonst noch politisch zu behaupten versucht haben. Es gibt heute Politik nur vom Boden des Nationalsozialismus aus. Dieser Sachverhalt hat Ausgangspunkt auch aller Arbeit am politischen Buch zu sein. Die nationalsozialistische Revolution ist ja gerade um deswillen eine totale, als sie sich nicht auf die Eroberung der rein äußeren Machtpositionen beschränkt hat, sondern daß sie alle unsere Lebensgebiete durchdringt. Sie kann sich darum nicht damit begnügen, daß nur die organisationsmäßigen Stützpunkte ihrer Gegner, die Parteien zerschlagen werden, während deren Vertreter etwa auf geistespolitischem Gebiet das Betätigungsfeld auch weiterhin offenbleiben soll. Das würde ja dazu führen, daß nach der Vernichtung des Parteienstaates sich nur mit um so größerer Behemung auf geistespolitischem Gebiet ein neuer, dem Gedanken der politischen Einheit unseres Volkes entgegengesetzter Pluralismus von Persönlichkeiten und Gruppierungen einnisten würde, der zwar ganz gewiß nicht den nationalsozialistischen Staat bedrohen, aber doch die Aufgaben, vor die die Bewegung in der kommenden Zeit gestellt ist, stören und erschweren könnte. Das kann selbstverständlich nicht hingenommen werden. Die Gefahren, die in dieser Richtung liegen, sind um so größer, als sich die Verlagerung des politischen Kampfes von der Ebene organisatorischer Macht auf die der geistespolitischen Beeinflussung nur sehr schwer kontrollieren läßt, weil naturgemäß gerade hier für Tarnung, zumal in der Anfangsperiode des nationalsozialistischen Staatsaufbaus, viel Raum besteht. Wir denken dabei selbstverständlich nicht so sehr an jene Versuche, bei denen von früher her abgestempelte Politiker, deren Wirken die nationalsozialistische Revolution ein Ende bereitet hat, es unternehmen sollten, sich etwa über das Buch ein neues Feld politischer Wirksamkeit zu erschließen. Diese Bestrebungen sind leicht zu erkennen, und meist verhindert schon das Risiko, das in der mangelnden Resonanz dieser Persönlichkeiten im Volke nach der nationalsozialistischen Revolution liegt, den Verleger an der Zusammenarbeit mit Autoren dieser Art. Viel gefährlicher sind vielmehr jene Grenzfälle, bei denen scheinbar durchaus von der nationalsozialistischen Weltanschauung gesprochen wird, wo sich in Wirklichkeit aber Versuche ankündigen, den Nationalsozialismus in Bahnen zu lenken, die entweder dem Wege der Führung vorausziehen und damit vorgreifen möchten oder gar von ihm wegführen können. Hier gilt es aufzupassen. Hier muß Grundsatz sein, nur in der Richtung zu arbeiten, die die verantwortlichen Führer der Bewegung uns eindeutig und klar vorgezeichnet haben.

Das politische Buch hat Wirkungen, die sich sehr unmittelbar im öffentlichen Bewußtsein festsetzen und, entsprechen sie nicht der von der Bewegung bestimmten Generallinie, leicht Verwirrung anrichten können. Diese Wirkungen müssen besonders vorsichtig auf den Gebieten beachtet werden, die unmittelbar das Zentrum der Bewegung und des Staates bilden. Sie dürfen nicht zum Gegenstand willkürlicher öffentlicher Diskussionen von Privatleuten gemacht werden, weil sie allzu leicht die Einheitlichkeit der politischen Führung stören können.

Nehmen wir als Beispiel dafür nur einmal die Reichsreform. Was ist früher nicht darüber geschrieben worden von Berufenen und weniger Berufenen. Auch nach der nationalsozialistischen Revolution, die ja überhaupt erst die Möglichkeit zur Lösung dieser großen Frage bot, drohte eine Flut von Veröffentlichungen darüber. Der Nationalsozialismus verträgt aber nichts weniger als das voreilige Zerreden seiner großen Aufgaben, und dies um so weniger, je politischer die Fragen sind, um die es dabei geht. Er kennt nicht jene »Öffentlichkeit«, die alles zur Diskussion stellt und bei der sich am Ende dann doch alles in ein Nichts verflüchtigt. Politische Fragen — das ist das Verhängnis früherer Zeiten gewesen — werden von ihm nicht durch Diskussionen und Literatur gelöst, sondern sie finden in der Verantwortung des Führergewissens ihre Entscheidung. Darum war es nur folgerichtig, wenn seinerzeit der Stellvertreter des Führers jederlei Veröffentlichung über die Fragen der Reichsreform untersagt hat.

Wir haben daraus zu lernen. Es gibt im autoritär geführten Staat Fragen, die, von Unberufenen zur unrichtigen Zeit zur Diskussion gestellt, nicht nur nichts nützen, sondern im Gegenteil schädlich wirken können. Es wird also, je politischer eine Frage ist, umso sorgfältiger geprüft werden müssen, ob sie der publizistischen Behandlung im politischen Schrifttum zugänglich ist oder nicht. Grundsätzlich hält sich der nationalsozialistische Staat von Reglementierungen auf diesem Gebiet ja frei; den Verlegern soll, wie Dr. Goebbels einmal gesagt hat, das Risiko keineswegs abgenommen werden. Aber es ist gerade diese grundsätzliche Freiheit der Entscheidung, die wir selber treffen sollen, welche uns Verantwortung auferlegt. Ihr kann nur genügen, wer sich die politische Willensmäßigkeit des Nationalsozialismus zutiefst und wahrhaft innerlich zu eigen gemacht hat, wer über den Punkt verfügt, der dazu gehört, das Falsche vom Echten zu unterscheiden und zu erkennen, was wesensmäßig dem Nationalsozialismus zugehörig ist und was nicht. Natürlich wird es immer Grenzfälle geben, bei denen man im Zweifel sein kann, ob ihre publizistische Behandlung auf der Linie der politischen Führung liegt oder nicht. In dem Fall kann aber unschwer bei den dazu berufenen politischen Stellen, in erster Linie dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda, der Reichschrifttumskammer, der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums oder den Schulungsleitern der Bewegung Auskunft eingeholt werden.

Um bei dem vorhin erwähnten Beispiel der Reichsreform zu bleiben: Das grundlegende Gesetz über den Neuaufbau des Reiches ist am Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution verkündet worden, und zweifellos wird hier oder da der Versuch gemacht werden, die Entwicklung, die dieses Rahmengesetz teils schon eingeleitet hat, teils aber noch weiterführen wird, publizistisch vorwegzunehmen. Demgegenüber haben wir uns auch heute wieder an die Zurückhaltung zu erinnern, die darin begründet liegt, daß so weittragende Entscheidungen wie der Neuaufbau des Reiches nicht durch Schriften und Bücher, nicht durch noch so geistreiche Konstruktionen von Intellektuellen getroffen werden können, sondern daß sie allein den Entschlüssen der höchsten politischen Führung unterliegen. Die Haltung, die wir diesen etwaigen Versuchen gegenüber einzunehmen haben, wird uns etwa an den von Alfred Rosenberg zu dem Gesetz abgegebenen Erklärungen klar. Er stellt in einem Aufsatz im »Völkischen Beobachter« dazu fest, »daß die kommenden großen Entscheidungen der Reichsgestaltung ausschließlich in der Hand des Führers liegen, der aus der ganzen Skala der Möglichkeiten jene Maßnahmen durchführt, die ihm für das Zusammenwirken aller Faktoren mit dem Ziele der Stärkung des gesamten Reiches als zweckentsprechend erscheinen. Deshalb ist es zwar notwendig, wenn man sich juristisch über alle Möglichkeiten eines Gesetzes Rechenschaft abgibt, nicht aber zu dem Zwecke, die juristische Relativität als gleichbedeutend mit der politischen Notwendigkeit zu kennzeichnen«. Hier »muß bei aller Anerkennung der Bestrebungen dieser Darlegungen doch unbedingt der Primat des Führers innerhalb aller Modalitäten aufrechterhalten bleiben, denn wie er den von ihm selbst gesteckten Rahmen auszufüllen gedenkt, in welcher Reihenfolge und in welcher Auswertung, das zu entscheiden ist, nachdem er alle seine Ratgeber angehört hat, ausschließlich seine Angelegenheit. Denn er hat das deutsche Schicksal heute gestaltet und seine Prägung wird der Staat der deutschen Zukunft tragen«.

Wir sehen an diesem Beispiel — die Zurückhaltung, die für alle Veröffentlichungen über Fragen des ständischen Aufbaus angeordnet wurde, ist nur ein weiterer Parallelfall dazu —, welche große Verantwortung heute auf allen Menschen ruht, die mit dem politischen Buch zu tun haben. Das Beispiel zeigt, daß wir uns für das politische Buch heute überhaupt nicht mehr als Geschäftsverleger, als Gewerbe, sondern als politischer Verleger zu fühlen haben, für den die Willensmäßigkeit und die Richtlinien entscheidend sein müssen, die von der Führung der Partei und des Staates proklamiert worden sind.

Selbstverständlich ist das alles nur im Sinne der Beachtung der großen Linie gemeint; der Initiative rühriger Verleger sollen damit, wie ebenfalls wiederholt betont worden